

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1901

23.3.1901 (No. 68)

Erscheint täglich mit Ausnahme
Sonntags und Feiertags und kostet
in Karlsruhe in's Haus gebracht
vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg.
(monatlich 55 Pfg., wenn in
der Expedition oder in den Agen-
turen abgeholt), durch die Post
bezogen vierteljährlich 3 Mk.
25 Pfg., mit Beleggeld 3 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit
entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Post-Zeitungs-Liste 798.

Samstags-Beilage:
Das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen“.

Telephon-Anschluß-Nr. 535.

Anzeigen: Die sechspaltige Zeit-
zeile oder deren Raum 20 Pfg.,
Reklamen 50 Pfg. Bei öfterer
Wiederholung entsprechender Rabatt.
Inserate nehmen außer der Expe-
dition alle Annoncen-Bureaus an.

Redaktion und Expedition:
Aderstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

Nr. 68.

Samstag, den 23. März

1901.

Bestellungen auf den „Badischen Beobachter“ für das zweite Quartal 1901 werden von allen Postanstalten entgegengenommen, sowie in Karlsruhe bei der Expedition, Adlerstraße 42, und sämtlichen Agenturen.

Deutschland ein Industriestaat?

Das unglückliche Wort: Deutschland schreite unauß-
haltig weiter auf dem Wege zum Industriestaat, da-
gegen sei überhaupt kein Kraut gewachsen, hat unglückliche
Verwirrung in den deutschen Köpfen angerichtet und
tutet sie noch fortwährend an. Man sagt, das Deutsche
Reich könne gar nicht mehr bestehen ohne die Einfuhr von
Getreide von außen her; das Deutsche Reich werde in
Folge seiner unaußhaltigen Entwicklung zum Industri-
staate von einem Jahre zum anderen immer stärkere
Getreide-Einfuhr aus dem Auslande her brauchen; der
Landwirtschaft könne durch höhere Getreidepreise doch
nicht dauernd geholfen werden, und somit diese es nur
das Brod verteuern, ohne den Landwirtschaften zu helfen,
wenn man höhere Getreidepreise einführe.

Alle diese Sätze sind falsch, falsch in ihren Voraus-
setzungen, falsch in ihren Folgerungen.
Wenn man die Sache richtig ansieht, dann kann das
Reich ganz gewiß bestehen ohne die Einfuhr fremden
Brodgetreides. Der Getreidebau bei uns in Deutschland
kann sich doch eben nicht genügend entwickeln unter dem
Druck der niedrigen Getreidepreise, der auf ihm lastet.
Man nehme diesen Druck fort, und die aufsteigende Ent-
wicklung wird sofort da sein. Dann wird die ein-
heimische Landwirtschaft aus eigenen Kräften das Reich
hoch auf sehr lange Zeit hinaus mit Brodgetreide ver-
sorgen können, auch bei erheblich härterer Einwohnerzahl.
Dabei ist noch eine andere Tatsache zu berücksich-
tigen: Jezt wird, ebenfalls in Folge der ungesund
niedrigen Getreidepreise, ein großer Teil des von
der Landwirtschaft erzeugten Getreides an
das Vieh verfüttert.

Untersuchungen, die man darüber anstellen, haben das
Nur bewiesen. Es handelt sich dabei also nicht um eine
Annahme, die in der Luft schwebt. Der deutsche Land-
wirtschaftsrath hat Erhebungen darüber angestellt, und
diese Erhebungen haben ergeben, daß der Großgrundbesitz
etwa ein Drittel seiner Kogenernte an das Vieh ver-
füttert, die bayerischen Betriebe aber ganz erheblich
höhere Viehpreise ihrer Kogenernte in dieser Weise
verwenden. Im Allgemeinen ist herausgeredet worden,
daß die Gesamtmenge des verfütterten Brodgetreides
bei uns in Deutschland im Jahresdurchschnitt der letzten
fünf Jahre beinahe ein Drittel der ganzen
Kogenernte oder etwa 2 1/2 Millionen Tonnen be-
trägt. Außerdem hat man gefunden, daß die Menge des
verfütterten Brodgetreides fortgesetzt wächst; sie beträgt
nur für die Jahre 1898 und 1899 berechnet im Jahres-
durchschnitt bereits mehr als 2 1/2 Millionen Tonnen, und
dieser Ziffer steht während desselben Zeitraumes eine
jährliche Gesamtmenge von Brodgetreide in Betrage von
nur 2 Mill. Tonnen gegenüber. Thatsächlich erzeugt
also das Reich fortgesetzt so viel Brodgetreide,
um seinen ganzen Inlandsbedarf daran
vollkommen zu decken.

Das Vieh kann doch auch auf andere Weise gut und
wunderschön ernährt werden. Es braucht nicht durch-
aus Brodgetreide zu fressen, um der Landwirtschaft die
Dienste zu leisten, die man von ihm verlangt. Und der
Landwirth wird in demselben Augenblick aufhören damit,
sein Getreide an das Vieh zu verfüttern, in dem er ge-
wahr wird, daß er bessere Preise für sein Getreide be-

zahlen bekommt, als bisher. Diese besseren Preise sollen
aber durch die Erhöhung der Getreidepreise erzielt werden.
Der Landwirtschaft wird also durch diese Zollerhöhung
Gülte gebracht, und gleichzeitig wird also durch dieselbe
Zollerhöhung das deutsche Reich in seinem Getreide-
verbrauche vollkommen auf eigene Füße ge-
stellt, von dem Auslande völlig unab-
hängig gemacht. Und die Erreichung dieses Zieles
hat doch sicherlich auch eine sehr hohe wirtschaftliche
und nationale Bedeutung im Allgemeinen!

Man unterschätze doch ja nicht die gegenwärtige
Bedeutung der deutschen Landwirtschaft:
es ist eine durchaus falsche Darstellung, wenn hier und
da behauptet wird, die Landwirtschaft sei in Deutschland
in ihrer Bedeutung schon vollkommen hinter der Indus-
trie zurückgeblieben! Das, was die Landwirtschaft in
Deutschland erzeugt, steht in seinem Werthe auf fast
gleicher Stufe mit den Erzeugnissen der deutschen Indus-
trie. Die deutsche Landwirtschaft bietet an erzeugten
Werthen im ganzen jährlich mehr als 7400 Millionen
Mark an; bei der Industrie beträgt derselbe Werth kaum
mehr als 8000 Millionen. Der Unterschied ist unbedeu-
tend, und er fällt in seiner Bedeutung noch mehr
berab, wenn man die Thatsache in Erwägung zieht, daß
ja die Industrie zu einem Theile auf die Wohlthaten an-
gewiesen ist, die aus der Landwirtschaft hervorgehen,
also auch in diesem Sinne zu einem Theile unmittelbar
von der Landwirtschaft abhängig.

Es ist also vollkommen unbegründet, wie behauptet
und geglaubt werden kann, Deutschlands Entwicklung
zum reinen Industriestaat sei befugelt und unabänder-
liche Thatsache. Die Wahrheit liegt im Gegentheil:
Deutschlands ganzes Wohl und Wehe hängt zum großen
Theile von der Lage und der Entwicklung seiner Land-
wirtschaft ab, und bewegen darf diese im allgemeinen
Interesse des ganzen deutschen Volkes nimmermehr ver-
nachlässigt und der Gefahr des völligen Unterganges
ausgesetzt werden. Der Staat muß ihr die bestmögliche
Hand reichen in diesem Augenblicke, weil die Selbsthilfe
allein verfehlt. Und wenn sie den schlimmen Berg über-
winden haben wird, dann wird sie von selbst eine neue
und glänzende und für das ganze Volk wohlthätige und
erfreuliche Entwicklung beginnen.

Zur Tagesgeschichte.

Karlsruhe, 22. März.

Gestern waren es dreißig Jahre, daß der deutsche
Reichstag eröffnet wurde. Die Berliner Wälder
bringen aus diesem Anlaß Festartikel. Die letzte Sitzung
des Reichstags mit ihren vielen Ordnungswunden entsprach
allerdings dem zu feiernden Anlaß wenig und doch war
sie gewissermaßen typisch für die Entwicklung des Reichs-
tags. Wehe war seit Anfang März des Reichstags;
damals spielten die Socialdemokraten noch keine große
Rolle; heute aber sind sie so stark vertreten, daß sie sich
zu etwas erlauben können, wie den Austritt in der letzten
Sitzung, bei dem übrigens wenig Ehre war für beide
freiwilligen Theile. Die ganze Debatte zwischen Social-
demokrat und Wehe mit Genossen, für den Reichstag
jeweils geleistet wurde.

Von den übrigen Abgeordneten gehörten unter anderen
noch dem Reichstag bei seiner Eröffnung an: Der Vor-
sitzende der Centrumpartei, Herr Gumpel, der be-
schämte Centrumsführer Lieber, Herr Weisbacher Rath
Lender in Cassel und der immer kritische frei-
willige Müller.

Ein Bild aus die leeren Bänke bei den letzten Sitzungen
des Reichstags läßt nur bedauern, daß die Einrückung
bei den Volkswählern so sehr an Interesse verloren hat.
Aber in Oesterreich die Aufhebung des Parlamentarismus

bestimmten sollte, kann sich berufen auf die Abwärtstendenzen
im Abgeordnetenhaus, die alle ernsten Verhandlungen un-
möglich machen; wer in Deutschland mit demselben Ge-
danken umgeht, der führt diese Interesslosigkeit der Volks-
vertretung in's Feld. Und wie viel verdanken besonders
wir Katholiken dem deutschen Reichstag! Wir erinnern
nur kurz an einige glänzende Namen: v. Mallinrodt,
Windthorst, Reichenberger, v. Schorlemer-Nast u. a., durch
deren parlamentarische Arbeit wir das sind, um was uns
heute unsere politischen Gegner beneiden.

Wir empfinden eine gewisse Scham, wenn wir nunmehr
sagen müssen: „Möchten die Reichstagsabgeordneten bewirken,
was das Volkswahlrecht, Vertreter des deutschen Volkes zu
sein, nicht mehr zu Ehre bringen könnte, daß nämlich
der Reichstag wieder zu einer auch durch die rege Be-
theiligung aller seiner Mitglieder achtunggebietenden Volks-
vertretung wird.“

Deutscher Reichstag.

Berlin, 21. März.

Dritte Beratung des Etats. Juriszeit.
Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Spahn (Centr.) erklärt
Staatssekretär Dr. Lieberding: Daß in der Kom-
mission für den Toleranzantrag kein Kommissar des Reichs-
tagstages erschienen sei, beruhe darauf, daß ein Antrag
hierzu nicht ertheilt worden war.

Abg. Gröber (Centr.) befragt über seine Resolution be-
züglich einer Statistik der Fälle der bedingten und unbedin-
gten Begnadigung und wünscht Wefentlichung der Re-
solutions des Strafrechts.

Staatssekretär Dr. Lieberding erklärt, bevor der
Reichstag in der Lage sein werde, sich mit Revisionen vor-
schlagen zu lassen, werde noch lange Zeit hingehen. Er bittet die
Resolutionen abzulehnen.

Die Abgeordneten Dr. Spahn und Baffermann be-
fragten über die Resolution.
Abg. Heine (Soz.) greift in längerer Rede den preussischen
Justizminister Dr. Schönstedt an wegen der neuesten Aus-
führungen des letzteren im preussischen Abgeordnetenhaus.
Rechner wird wiederholt durch Zwischenrufe unterbrochen.
Heine erklärt bezüglich des Justizministers, man sage, Lucanus
gibe an. Minister Schönstedt habe bezüglich seiner Person
von großen Unwahrheiten und frecher Lüge gesprochen. Er,
Heine, hätte viel mehr Recht zu sagen, daß der Justiz-
minister sich eine große Unwahrheit hätte zu Schulden kommen
lassen und er könne ihn einen frechen Lügner nennen. (Be-
wegung.)

Präsident Graf Ballosterm unterbricht den Redner ver-
schärfend und ruft ihn zur Ordnung.
Heine kommt schließlich auf die Innahe der Majestäts-
beleidigungsvorwürfe zu sprechen.

Staatssekretär Dr. Lieberding fährt aus, die persönl-
ichen Angriffe gegen den Minister Schönstedt wolle er nicht
weiter erörtern. Dieser Theil der Rede des Abgeordneten
gymnast war ein Weisheitswort, wie man einen Abwesenden
angreifen kann. (Zurufe bei den Socialdemokraten.) Die
Minister Heine, daß die Vertreter der Bundesregierungen im
Reichstag zu erscheinen hätten, sei unrichtig. Verpflichtet sind
dagegen nur der Reichstag und seine Vertreter. Es ist ja
leicht für einen Abgeordneten, die verantwortlichen Vertreter
der Regierung stumm zu machen, weil sie einem einzelnen
Fall nicht gleich überleben können.

Abg. Haase (Soz.) führt eine Stelle an, wo der Justiz-
minister Schönstedt eine unrichtige Gewichtung auf einen
Müher anspricht haben solle. Die Müher seien zu Volge-
hätten der Agitation gegen missliebige Parteien gemacht.
Staatssekretär Dr. Lieberding erklärt, die angeführte
Thatsache sei ihm nicht bekannt.
Abg. Beck-Stobing (freil. Vp.) begründet eine Resolu-
tion, bezugnehmend auf die neue Session im Abgeordneten-
haus vorzutragen ist, betreffend Entschädigung derjenigen, die
mit Unrecht eine Untersuchungshaft erlitten haben.
Staatssekretär Dr. Lieberding erklärt, es handle sich
um ein Problem, das seit Jahrhunderten Wissenschaft und
Praxis in allen Kulturstaaten beschäftigt, bisher aber
nirgendwo geregelt sei. Das Verlangen, einen solchen Ge-

setzgebung bis zur nächsten Session fertigzustellen, sei unauß-
führbar.

Abg. Heine (Soz.) erwidert auf die erste Rede des
Staatssekretärs Dr. Lieberding und erklärt, er habe nicht
behaupten wollen, daß der Kaiser durch die Justiz einen
Druck auf die Beamten habe ausüben wollen.

Die Resolution Weh wird einstimmig angenommen mit
dem Änderungsantrag Spahn, demzufolge die Worte:
„Bei Beginn der neuen Session“ wegzufallen. Auch die Reso-
lution Gröber wird angenommen.

Der Justizrat ist damit erledigt.
Beim Etat des Reichshagens erklärt Staatssekretär
Dr. Frhr. v. Tietmann, der Justizrat sei im Reichs-
tagstages abgelehnt und unterlege gegenwärtig der gemein-
samen Beratung mit denjenigen anderen Ressorts des
Reiches, die wichtige Interessen, die im Justizrat berührt
werden, zu vertreten haben. Man habe begründeter Hoffnung,
daß die Beratung im Laufe dieses Monats abgeschlossen
werde. Er wisse aber nicht, ob noch im Laufe des Monats
April das Werk dem Bundesrath und den verbundenen Re-
gierungen vorgelegt werden.

Der Etat des Reichshagens ist damit erledigt.
Es folgt die Beratung des Etats des Reichsbahn-
bahnamtes.

Abg. Müller-Sagan (freil. Vp.) spricht seinen Dank
aus, daß der Eisenbahnrath für die Soldaten auf einen
Pfennig herabgesetzt worden ist.

Beim Postetat kommt Abg. Stehert (Soz.) auf die
Angelegenheit der polnischen Adressen zurück.
Staatssekretär v. Bobbelski erwidert ihm.

Auf eine Anfrage Müller-Sagan erklärt Staatssekretär
v. Bobbelski: Die von der Budgetkommission gewünschte
außerweltliche Regelung der Gehaltslisten der Postassistenten
könnte erst im nächsten Jahre vorgenommen werden.

Abg. Werner (Reformp.) bittet um Auskunft, ob Eng-
land im Telegraphenverkehr besser behandelt werde als
Deutschland selbst? Redner bejaht, daß die Wolff'schen
Telegramme ganz ungebührlich bevorzugt würden.

Staatssekretär von Bobbelski erklärt: In dem De-
pechenverkehr mit England wird das Material auf beiden
Seiten bearbeitet wie es kommt.
Der Postetat wird hierauf angenommen.

Der Etat der Reichsbahnbahnen wird nach einer Aus-
einandersetzung zwischen den Abg. Schumberger (Woll-
sch.) und Segel (Soz.) angenommen.

Beim Etat der Pöle und Bergbauarbeiten befragt
Abg. Horn-Goller (natl.) eine Erhöhung des Papierzolles
und weist die Besorgnisse der Papierindustrie zurück.
Müher habe wieder einmal die Geschäfte des Aus-
landes befragt.

Abg. Richter (freil. Volksp.) vertritt sich entschieden
solche Verbüchungen. Die Papierpreise seien um 85-90
Prozent gestiegen. Im letzten Jahre hätten die Arbeiter
mit hohen Dividenden gezahlt. Die Arbeiter aber erlitten
keine Lohnerhöhung.

Abg. Dabach (Centr.) schließt sich Richter an. Das
Papiermonopol habe unerbörte Gewaltmaßregeln erlassen,
um die Preise zu halten.

Beim Etat des Postwesens befragt Abg. Dr. Arendt
(Vp.), daß durch den neuen Vertrag mit der Reichsbank das
Reich schlechter gestellt werde als bisher. Hoffentlich werde
man das nächste Mal bessere Bedingungen durchsetzen und
das Bankkapital erhöhen.

Beim Etat der Pöle und Bergbauarbeiten befragt
Abg. Dr. Arendt (Vp.) vertritt sich entschieden unter großem Beifall
mit Rücksicht auf die Geschäftslage auf eine Erhöhung.
Es folgt Beratung des Gesetzes über Erwerbung der über-
sichtlichen Reichselnahrungen und des Staatsgesetzes.

Eine längere Debatte entsteht über den Antrag Müller-
Julda (Centr.) betreffend Schuldenentlastung unter größerer
Heranziehung der Einzelstaaten, in der Staatssekretär
Dr. Frhr. v. Tietmann und der bayerische Bundesrats-
bevollmächtigte v. Stengel gegen den Antrag sprechen.
Letzterer bemerkt, die bayerische Regierung sei der Ansicht,
das Reich habe Mittel zur Schuldenentlastung in seiner eigenen
Souveränität; die Einzelstaaten hätten mit der Tilgung ihrer
Landesschulden gerade genug zu thun.

Auf der Wohnungssuche.

Humoreske von Dr. Kurt Adel.

(Wachdruck verboten.)

(Schluß)

Vor einem Neubau auf der „Kleinen Biegelgasse“ klebt
ein Zettel:

Hier sind noch zu vermieten
drei Zimmer mit Kabinett und Küche in
zweiten Stock.

Freilich sind noch die Arbeiter auf dem Gerüste be-
schäftigt, die Fenster noch nicht eingesetzt, die Gasse noch
mit Geröll und Schutt verkarstet. Aber was ist
zu machen?

Erst, daß er es nicht wieder mit einer Frau zu
thun hat, nähert sich Lehmann dem Hausbesitzer.
„Können Sie nicht die Wohnung sehen?“

„Wobaner, das ist heute noch nicht möglich. Die
Treppen sind noch nicht ganz fertig.“
„Dann müßt ich mindestens den Preis erfahren.“

„600 Mark.“
„Derr Gott!“ ruf Lehmann erschrocken, „für drei
Zimmer?“

„Ja, bedenken Sie, die theuren Arbeitslöhne und das
Material ist jetzt fast mit Gold aufzuwiegen.“
„Aber ein neues Haus. Die Feuchtheit im ersten
Jahre.“

„Dann eben geb' ich die Wohnung um 600 Mark.
Zum nächsten Jahre muß ich wenigstens 650 Mark be-
kommen.“

„Dann werde ich das nächste Jahr wiederkommen, wenn
Sie erlauben. Leben Sie wohl!“

„Du müßt Dich wieder nach der inneren Stadt wenden“,
denkt Lehmann. „Da ist's vielleicht etwas enger, aber
dafür läßt sich doch mit den Leuten reden.“

In einem Hause auf der „Schreibergasse“ in der Nähe
vom „Altmarkt“ ist eine kleine Wohnung angeschrieben.
Wir wenden uns dahin.

„Können Sie nicht die Wohnung sehen?“ fragt unser
Freund den Hausbesitzer.

„Sogleich seh' ich zu Diensten. Die Wohnung ist im
Hinterhaus. Ich will nur Licht holen, denn es ist etwas
dunkel.“

Schöne Aussichten, wenn man bei bestlichem Tage eine
Scherze ansetzen muß, um die Wohnung zu sehen. Durch
einen sehr kleinen, sehr engen und sehr schmalen Hof
gelangen wir in das Hinterhaus, erklimmen die finstere,
schmale Treppe und werden in ein kleines, dunkles Loch
eingeführt.

„Was ist das?“ fragt Lehmann.
„Das ist die Küche“, erklärt der Hausbesitzer.

Selbst, wären wir nicht zwei Treppen hoch, wir
hätten geglaubt, uns in einem Keller zu befinden.
Aus Sparlichkeit hat ich das Fenster zuben lassen,
Nicht hat es doch nicht gegeben, und Sie wissen ja, die
Dienstmädchen zerbrechen so viele Schelben.“

„Sehr richtig. Doch wo sind die Zimmer?“
„Gleich kommen wir dahin. Wir müssen nur noch
durch einen Flur, und dann durch einen kleinen Gang.“
Seufzend folgt Lehmann.

„Sehen Sie, welche schöne Zimmer, und hier haben
Sie große Fenster.“

„Ah, die Wände sind ja ganz geschunden, und der
Fußboden voll Erde und die Thüren verrotzt.“

„Ja, sehen Sie, der frühere Miether hatte einen ein-
gezogenen Sohn, der verard und beschmutzte alles. Haben
Sie auch Kinder?“

„Ja, zwei.“
„Nun, da sind Sie wohl nicht so verzogen wie immer
die einzigen Söhne sind. Und die früheren Miether,
die glaubten auch, ihrem verhäthelten Söhnlein könnten
die Gerüche schädlich werden. Sie Ausbunfungen von
der Thür da nebenan.“

„Was ist denn das für eine Thür?“
„Nun, der Abort für diese Etage. Aber das thut
nichts, man gewöhnt sich schon an den Geruch, und wenn
Cholera herrscht, kann man ja desinfizieren. Uebrigens
kommt ja frische Luft durch die Fenster.“

„Woher soll die kommen?“ fragt Lehmann ironisch,
auf den kleinen, schmalen Hof zeigend.

„Si, von oben.“
„Ah, daran dacht' ich nicht, alles Gute kommt von
oben. Und was verlangen Sie für die Wohnung?“

„600 Mark jährlich.“
„Haben Sie nicht einen Stall im Hause?“

„Nein — wozu denn?“
„Nun, für den Gel, der Ihnen diese Wohnung für
600 Mark abmietet. Guten Tag.“

„Guten Tag“, antwortet der Hausherr verblüfft.

Zu vermieten: Drei Zimmer mit Küche. Näheres
bei der Hausbesitzerin im zweiten Stock.

Diese erfreuliche Ankündigung ließ Lehmann am Thore
eines der nächsten Häuser und ärgert nicht, auch diese
zwei Treppen zu erklimmen.

Bei der Hausbesitzerin, denkt unser Freund,
wird's ein Unglück, daß so viele Frauen Häuser besitzen.
Da muß ich wohl wieder eins von meinen Kindern
opfern.“

„Sie wollen gewiß die Wohnung sehen“, empfängt
ihn in gutem Sächsisch eine wohlgenährte Dame, die,
den Ausdruck christlicher Müde im Gesichte, eine richtige
Portion Schmutzflaß in der Nase und die „Dresdener
Nachrichten“ in der Hand, vor einer mächtigen Tafel
Kaffee sitzt.

„Ja, ich würde um die Erlaubnis dazu bitten.“
„Gehst auch ich Sie aber meine Bedingungen mit-
teilen“, antwortet die Dame.

„Ich höre.“
„Haben Sie Kinder?“
Lehmann ist auf diese Frage gefaßt, und ohne zu
zögern oder zu erschrecken, antwortet er:
„Ja, eins.“

„Gut, aber ich werde mehr ausbedingen müssen, daß
nicht früher oder später mehr kommen.“
Lehmann beßt sich in die Lippen, um nicht laut auf-
zulachen.
„Der Preis ist 580 Mark jährlich.“
„Gut.“

„Zahlung pränumerando, acht Tage vor jedem
Quartal.“

„Gut.“
„Wer haben einen gemeinschaftlichen Ofen, und da
müssen Sie mein Zimmer auch beheizen.“

„Wenn der Ofen gemeinschaftlich ist, dann werden wir
uns darüber schon ohne Schwierigkeit einigen.“
„Dann dürfen Sie die Zimmer nicht an Andere ver-
mieten.“

„Ich brauche die Wohnung nur für mich.“
„Hunde und Katzen oder andere Viehgeschick dürfen Sie
auch nicht halten.“

„Gut“, antwortet Lehmann mit einem Seitenblick auf
die stillliche Sammlung von Hunden und Katzen, die
im Zimmer der Dame ganz ungenirt ihr Wesen treiben.

„Sei berufen auch kein Klavier halten.“
„Ich bin glücklicherweise nicht musikalisch.“

„Sei berufen auch nicht singen, tanzen oder laut sprechen.“
„Schön.“

„Keine Bälle veranstalten.“
„Wohl.“

„Aberhaupt wäre mir's lieb, wenn Sie natürlich gar
keine Besuche kriegen.“

„Das will ich meinen Freunden sagen.“
„Gar zu viele Möbel dürfen Sie aber auch nicht mit-
bringen. Sehen Sie, das verdirbt Sie nämlich die Wände
gar zu sehr und den Fußboden. Die Treppen müssen
Sie auch rene gehalten sein um nicht beschädigt werden
durch überflüssiges Herumlaufen.“

„Ist das Alles?“ unterbricht Lehmann die liebens-
würdige Hausbesitzerin.

„Nun eben. Die übrigen Bedingungen, die kann ich
Sie ja später mittheilen.“
„Schön. Ich werde Ihnen auch Zeit lassen, um Ihre
Bedingungen zu kodifizieren und in ein richtiges Haus-
gegesbuch zu bringen. Adieu!“
Lehmann fährt eilig die Treppe hinunter. Für heute
ist ihm die Luft und Geduld zu weiterer Jagd aus-
gegangen.
In letzter Stunde hat er doch eine Wohnung be-
kommen, aber fragt mich nur nicht wie.“

Auch Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky spricht sich gegen den Antrag aus; mehrere Redner aus dem Hause empfehlen die spätere Erledigung des Antrags. Das Staatsrecht wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten in der Gesamtsitzung angenommen. Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Beratung des Gesetzes über Vermeidung überflüssiger Reichseinnahmen, sowie die restierenden Resolutionen einer späteren Verhandlung vorbehalten.

Nächste Sitzung 16. April: Gesetz betreffend Verleihung der Kriegswaliden, zweite Beratung des Gesetzes betreffend das Urheberrecht.

Günstliche Omen wünschend, schließt der Präsident um 7 Uhr die Sitzung.

Deutschland.

Berlin, 21. März.

Der Kaiser empfängt morgen Nachmittag 1 Uhr das Präsidium des preussischen Abgeordnetenhauses.

Der Diätenantrag des Centrums ist am Mittwoch von der zuständigen Kommission des Reichstages beraten worden. Die Verbündeten Regierungen hatten keinen Vertreter zu der Sitzung der Kommission entsandt. Heute wurde nur über den ersten Teil des Antrags beraten, der freie Fahrt auf den Eisenbahnen verlangt. Für freie Fahrt während der Dauer des ganzen Jahres sprachen nur die Redner der Freisinnigen und Sozialdemokraten. Nach längerer Debatte gelangte ein Antrag des nationalliberalen Abg. Wasserfmann zur Annahme, der freie Eisenbahnfahrt im Deutschen Reich für die Mitglieder des Reichstages fordert für die Dauer der Tagungen des Reichstages. Der Abg. Wasserfmann ist zum Berichterstatter für das Plenum ernannt.

Die Errichtung eines Reichs-Arbeitsamtes hat in diesen Tagen die neu gegründete Gesellschaft für soziale Reform beschäftigt, die in einem Sitzungszimmer des Reichstages eine Versammlung abhielt. In der Debatte wurde darauf hingewiesen, daß die Notwendigkeit der Erforschung und Klarstellung der Verhältnisse der Arbeiter durch eine amtliche Hauptstelle bereits in den meisten Kulturstaaten zur Errichtung von Arbeitsämtern geführt hat, so in England, Frankreich, Belgien, Österreich, Nordamerika und in den australischen Staaten. Der Staatsminister a. D. v. Verlepsch empfahl die Errichtung eines Reichs-Arbeitsamtes durch Gesetz, nicht durch einfache Einführung in den Etat; und jedenfalls müsse dem neuen Amte thunlichste Unabhängigkeit und Bewegungsfreiheit gesichert werden. Einmütig ist schließlich die nachfolgende Entschließung angenommen worden: „Es ist durch Gesetz ein Reichs-Arbeitsamt zu errichten mit der Aufgabe der Feststellung und Klarlegung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Lohnarbeiter und der in ähnlicher Lage befindlichen Angestellten. Dem Reichs-Arbeitsamt wird ein Beirat beigegeben, der je zu einem Drittel aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter, sowie aus neutralen Sachverständigen besteht.“

Herr Abgeordneter Ahlwardt ist in seinem Reichstagswahlkreis Friedeberg-Kammin wieder aufgetaucht und hat sich in Person seinen Wählern gezeigt. Er hat dabei mitgeteilt, daß er nunmehr ein wohlhabender Mann sei, daß er seinen Wohnsitz in dem Wahlkreis selbst aufschlagen und von da aus eine neue Organisation der antisemitischen Partei anbahnen werde, die sich allmählich über das ganze Deutsche Reich erstrecken solle. Er habe diesen Plan mit anderen antisemitischen Führern besprochen und er hoffe, von jetzt ab mit deren Unterstützung zu arbeiten. Wie Herr Ahlwardt zu Vermutungen kam, hat er folgenmaßen geäußert: Ein guter Freund, der Oberbergamtsbibliothekar v. K. in Dortmund, hätte in Büchern ein neues Brevier entdeckt und hätte es ihm, Herrn Ahlwardt, nahe gelegt, das Werk in Betrieb zu setzen. Ahlwardt hätte dann Kapitalkapital genossen und sei nachher mit einer anständigen Summe abgefunden worden, da der Name Ahlwardt vielleicht geschäftliche Hindernisse bringen könnte.

In Göttingen haben nun die Sozialdemokraten Gelegenheit zu zeigen, wie sie sich eignen zur Führung der parlamentarischen Geschäfte. Der Sozialdemokrat Voss ist nämlich dort zum Vizepräsidenten des Landtages gewählt worden. Deshalb sind aller Augen nach Göttingen gerichtet.

Darmstadt, 21. März. Eine Anfrage betreffs der Main-Neckar-Bahn beantwortete der hessische Finanzminister dahin, seit vorigem Jahre seien grundsätzliche Maßnahmen zur Umbildung der Verwaltung der Bahn von Seiten der drei beteiligten Regierungen (Preußen,

Baden, Hessen) in Erwägung gezogen. Die Besprechungen seien vertraulicher Natur und eine Mitteilung verbiete sich daher von selbst. Die Besprechungen könnten immerhin zu einem Aufgeben oder einer wesentlichen Veränderung des Gemeinschaftsvertrages von 1843 führen, indem man den Umständen Rechnung tragen müsse, daß gelegentlich des Gemeinschaftsvertrages zwischen Preußen und Hessen im Einverständnis mit der Kammer auch der Anteil an der Main-Neckar-Bahn in die Eisenbahngemeinschaft herangezogen würde. Zur Erledigung der Frage sei eine Abmachung mit Baden nötig. Ob nun eine Auflösung oder wesentliche Veränderung der bestehenden Gemeinschaftsverwaltung der Main-Neckar-Bahn das Ergebnis sein werde, jedenfalls werde die Zustimmung der Landstände zu den Verhandlungen eingeholt werden. Die Antwort des Ministers soll demnächst einer Besprechung unterzogen werden.

Stuttgart, 21. März. Der Generaladjutant des Königs, Generalleutnant von Wilsinger, hat sich gestern zum Vortrag beim Kaiser nach Berlin begeben.

Ausland.

Wien, 18. März. Die „Wiener Abendpost“ wendet sich gegen gewisse Ausstellungen eines Teiles der Pariser Presse, indem sie schreibt: Die französische Publizität gerät seit einiger Zeit in Ausfällen auf unsere Monarchie und Erörterungen über ihre Zukunft, welche das zulässige Maß der politischen Diskussion weit übersteigen und selbst Blätter, die man bisher für ernst zu halten gewohnt war, schäme sich neuerdings diesem Vorhaben an. Die Prämissen, auf welchen diese hinführenden Vorhersagen aufbauen sind, zeigen eben so sehr von der Unverantwortlichkeit der französischen Presse mit unseren Verhältnissen wie von einem sehr oberflächlichen Urtheil. Es ist deshalb begrifflich, daß unsere Presse diesen Phantasiebildern bisher nicht die Ehre erwies hat, von ihnen Notiz zu nehmen. Neuens haben aber die französischen Blätter einer gewissen Richtung die Unverantwortlichkeit gehabt, die dem Throne zunächst stehenden Mitglieder des allerhöchsten Kaiserhauses in den Kreis ihrer Diskussionen zu ziehen, und zwar in der gegläubigsten und tendenziösesten Weise. So unwürdige und niedrige Ausfälle können nicht mit Gleichmuth hingenommen werden, und wir sehen uns deshalb veranlaßt, sie in der schärfsten Form zurückzuweisen. — Die Tendenz aller dieser Freizeitschriften ist übrigens eine ziemlich durchsichtige, und wenn wir heute auf sie zurückkommen, so geschieht es nur, weil sie in letzter Zeit über eine Kritik der innerpolitischen Verhältnisse Österreichs hinausgehen und offenbar den Zweck verfolgen, zwischen der Monarchie und ihren Verbündeten Mißtrauen zu säen. Es scheint uns deshalb an der Zeit zu sein, die öffentliche Meinung Frankreichs davon zu warnen, daß sie derartigen Ausstellungen Gehör schenke und sich durch dieselben in der Beurteilung der politischen Situation beeinflussen lasse.

Wien, 21. März. Nach einer Meldung der „Presse“ hat das Abgeordnetenhause in geheimer Sitzung die Verlesung der alldeutschen Interpellationen in öffentlicher Sitzung abgelehnt. Die alldeutsche Vereinigung beschloß jedoch, solange das Präsidium am Genferrecht gegenüber den alldeutschen Interpellationen festhält, mit Opposition einzutreten. Es werden deshalb bereits morgen Schönerer und Wolf zwei Dringlichkeitsanträge einbringen, die sofort in Verhandlung gezogen werden sollen.

Budapest, 21. März. Die Veranlasser der Kreuzdemonstrationen an der Universität beschlossen, trotzdem die vorgelegten Behörden bereits entschieden haben, daß in den Bezirken keine Kreuze angebracht werden dürfen, den Kampf fortzusetzen. Die Studenten beschloßen, in der Angelegenheit dem Kaiser ein Gesuch zu überreichen. (Presse, 21. März.)

Osaka, 21. März. In einer feierlichen Sitzung des Staatsrathes erfolgte unter dem Vorsitz der Königin die Cerimonie der Einführung des Prinzen Heinrich in den Staatsrath, worin ihm beratende Stimme zufließt.

Paris, 21. März. Nach einer stürmischen, aber inhaltlich leeren Debatte nahm die Kammer mit 277 gegen 223 Stimmen den Antrag der Kommission für den Fall Jaluzot, zum Strafverfahren gegen den Schuldigen zu ermächtigen, an. Darauf ergriff Graf de Mun das Wort zu Artikel 14 des Vereinsgesetzes. Er stimmt dem gegenwärtigen Artikel zu, daß der Staat das Recht beizuge und die Angehörigen der Mehrheit monopolisieren könne, aber es gebe eine gewisse Frage, die in Frankreich seit der Revolution stets anerkannt wurde. Wenn der Staat das Recht und die Macht habe, die Erziehung der Kinder zu bestimmen, so haben doch auch die Familie

und die Associationen die gleichen Qualitäten. Wir leben in einer Zeit, in der die Glaubenseinheit durchbrochen ist und so lange sie nicht wiederhergestellt ist, muß die Freiheit herrschen. Selbst die neuerdings gegründete Volkshochschule hat die Nothwendigkeit der Toleranz anerkannt, indem sie Priester mit dem Lehramt betraute. Niemand will die Jugend in Skeptizismus erziehen, sie bedarf idealer und geistiger Ziele. Die Sozialisten erregen das Ideal der Autorität durch das Ideal des Reformgesetzes. Dieser kann ebenso wenig wie der Protestantismus den Katholiken aufgezogen werden. Der Redner bekämpfte dann den Gedanken, daß die Staatsbeamten nur Laienbildung genießen dürfen. Die Staatsfunktion habe nichts mit dem Privatleben der Beamten zu thun. Durch den Staatszwang würde der Unfrieden in die Familien getragen und das Recht untergraben (von Bourgeois unterstützt: Wir wollen gerade jene Redner in die Familie tragen!) De Mun schloß: Das Gesetz dient nur den Interessen einer politischen Koterie, es ist unansprechbar, weil es die große Mehrheit des katholischen Volkes gegen sich hat. (Die Rechte bereitet dem Redner eine lebhafte Ovation.) (Presse, 21. März.)

Marzelle, 21. März. Die gestrigen Unruhen wurden durch mehrere Weiber hervorgerufen, welche durch die Straßen eilten und den Kaufleuten riefen: „Schließt eure Läden, die Revolution beginnt!“ Es trat jedoch bald Beruhigung ein. Der Bürgermeister erließ eine Anordnung, in der er die freitenden Arbeiter, sowie die übrige Bevölkerung vor ähnlichen Konflikten warnt. Die Vertreter der Ausständigen theilten der Arbeitergenossenschaft mit, daß sie bereit seien, die Arbeit für ihre eigene Rechnung in Form einer Coöperationsgesellschaft zu übernehmen. Dieser Vorschlag wird jedoch kaum angenommen werden können, da die Arbeiter durch Verträge mit den Unternehmern gebunden sind.

Marzelle, 21. März. Der Verwaltungsrath der Arbeitskammern und der Arbeitsbüros forderte alle Korporationen auf, die Arbeit niederzulegen und sich mit den ausständigen Fabrikarbeitern solidarisch zu erklären. Marzelle, 21. März. Das Arbeitertribunal lehnte den Vorschlag des Ausschusses der Ausständigen, die Arbeiter in Form einer Genossenschaft auf eigene Rechnung zu übernehmen, ab und führte als Grund hierfür die Verträge an, die die Schiffbau-Gesellschaften an die Unternehmer binden.

Paris, 21. März. Aus verschiedenen Theilen des Landes kommen Nachrichten von der Noth des hungernden Volkes, das sich sogar schon zu Aufständen hinreißen ließ. Und was thut insofern das Ministerium Zanardelli? Man hört und — laßt: Zanardelli hat auf eine Interpellation hin erklärt, er werde ein Gesetzgebungsgeheimnis vortragen. Das ist natürlich das Wichtigste. Das Ministerium leidet nämlich nicht unter allzu großer Beliebtheit und darum möchte sich Zanardelli wenigstens die Sympathien der Wähler erwerben. Wahrscheinlich wird indeß das Ministerium bevor es sich diese Sympathien erworben hat, wieder flüchten. Es würde auch wirklich nicht schade sein. Selbst die „Presse“ schreibt: „Man kann nicht behaupten, daß die Einführung der Gesetzgebung in Italien zu den dringlichsten Aufgaben der Zeit gehöre. Wie viel Umstände sich auch aus der Unlösbarkeit der Ehe ergeben, so bringen es die traurigen wirtschaftlichen und sozialen Zustände (die das herrschende System verschuldet, D. M.) auf der armenheimlichen Halbinsel doch mit sich, daß die Erneuerung des Salzpreises, die Herabsetzung, wenn nicht Beseitigung der Verbrauchssteuer und eine Umwidmung des gesamten Abgabewesens unter dem Gesichtspunkte der sozialen Gerechtigkeit von der Bevölkerung Italiens als eine größere Gabe des Schicksals betrachtet werden würde, als die gesetzliche Einführung der Gesetzgebung.“

Ketersburg, 21. März. Aus Chardin wird amtlich gemeldet: Unter den Manövern greift eine ganz neue Bewegung um sich. Viele bitten, in den russischen Unterbanenverband aufgenommen zu werden. Man wünscht, die russische Regierung möge Maßregeln ergreifen, um der Bevölkerung entgegenzukommen, da die ökonomischen Verhältnisse sich nicht um ihr Ergehen kümmern. Sie möge auch für die Verpflegung der Bevölkerung der Manöverbereich sorgen, da trotz der guten Ernte des Vorjahres überall Hungernöth herrsche; besonders in der Umgebung von Jizlar, wo alle Lebensmittel stark im Preise gestiegen seien, leide die Bevölkerung große Noth.

Das sind naive Leute, diese Manövranten; die wissen wahrscheinlich gar nicht, daß die russischen Banern in weiten Distrikten mindestens so sehr Hunger leiden müssen, wie die Manchuren, und daß die russische

Regierung sich die Abhilfe gar nicht so sehr angelegen sein läßt; sogar im Gegenheil werden Steuern und Abgaben mit der größten Strenge eingezogen, und wenn man die Leute aus dem Ofen heraus holen muß, ist den sie sich oftmals vertrieben, um nicht zu freieren weil sie zu arm sind, um Holz zu kaufen. Das Herz des russischen Varen ist kalt, so kalt, daß die Manchuren leicht erfrieren könnten, wenn sie sich zu demselben flüchten; aber allerdings ist es weit, sehr weit, so daß ganz Asien darin Nag hätte.

* Krieg in Südafrika.

London, 21. März. Das Kriegsamt hat ein Rundschreiben an die Fabrikanten von Explosivstoffen, worin dieselben aufgefordert werden, neue Sprengstoffe zwecks vertraulicher Prüfung vorzulegen. Zugleich enthielt das Rundschreiben den Vorschlag, für England eine ähnliche Einrichtung zu schaffen wie die von Interessenten geschaffene Centralstelle für wissenschaftliche Untersuchungen in Berlin. Das Rundschreiben gibt eine Uebersicht über das Gelingen und eine eingehende Beschreibung der Einrichtung und Leistung, sowie der durch dieselbe verursachten Kosten.

London, 21. März. Ein Telegramm Lord Stidener's aus Pretoria vom 20. d. M. meldet: General R. Buller, ein Bruder des Generalcommandanten Buller, ist auf dem Doornberge gefallen. Seine Söhne sind verwundet. Die Duren in der Dranjerwerkolonie sind zerstreut. Dewet befindet sich in der Nähe von Heilbronn.

London, 21. März. Die Morgenblätter melden aus Kapstadt: Der Burenführer Buller brach die Verhandlungen wegen der Haltung der Unversöhnlichen ab, wirkte jedoch auf seine Truppen dahin, daß sie sich abtheilungsweise ergeben sollten. Die Truppen hätten ein Lager bei Middleburg aufgeschlagen, welches von den britischen Streitkräften besetzt wurde. (Es dürfte sich empfehlen, diese Nachricht mit demselben Mißtrauen aufzunehmen, das man mit Recht allen bearbeiteten englischen Nachrichten entgegenbringt.)

Pretoria, 21. März. Laut „Bureau Neuter“ werden hier Vorkehrungen gegen die Pest ergriffen.

Turban, 20. März. Dem „Bureau Neuter“ zufolge räumten die Engländer die Garnison Breda und vereinigten sich mit den Truppen des Generals Campbell, der nach einem schweren Kampfe mit den Buren nach Standerton zurückzuzog. Campbell führte 200 Gefangene und Verwundete mit sich. Viele Burenabtheilungen befinden sich in der Nähe von Standerton.

Baden.

Karlsruhe, 21. März. Gestern Abend ist Ihre Durchlaucht die Prinzessin Annelie zu Fürstberg hier eingetroffen und im Großherzoglichen Schlosse abgelaufen. Die Prinzessin wohnte dem Hofsonnet an. Höchstliebe bleibt noch bis morgen hier.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing heute Vormittag den Präsidenten des Ministeriums des Innern, Geheimrath Dr. Schenk, zu längerem Vortrag. Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin besuchte mit Ihrer Hoheit der Prinzessin Olga von Sachsen-Weimar einige Wohlthätigkeitsanstalten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing heute Vormittag den Präsidenten des Ministeriums des Innern, Geheimrath Dr. Schenk, zu längerem Vortrag. Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin besuchte mit Ihrer Hoheit der Prinzessin Olga von Sachsen-Weimar einige Wohlthätigkeitsanstalten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing heute Vormittag den Präsidenten des Ministeriums des Innern, Geheimrath Dr. Schenk, zu längerem Vortrag. Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin besuchte mit Ihrer Hoheit der Prinzessin Olga von Sachsen-Weimar einige Wohlthätigkeitsanstalten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing heute Vormittag den Präsidenten des Ministeriums des Innern, Geheimrath Dr. Schenk, zu längerem Vortrag. Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin besuchte mit Ihrer Hoheit der Prinzessin Olga von Sachsen-Weimar einige Wohlthätigkeitsanstalten.

Kirchliche Nachrichten.

Katholischer Seelengottesdienst gehört nur Katholiken. Auf die Nachricht vom Tode der Königin Victoria erließ Kardinal Vaughan von Rom ans, wo er sich damals aufhielt, dems. Verhängnis in allen Kirchen seiner Erzbischofe ein Schreiben, in welchem er seiner Trauer über den dem Lande erlittenen Verlust Ausdruck gab, den Augen und Sorgen der verstorbenen Herrscherin große Anerkennung sollte und dann fortfuhr:

„Öffentliche Gottesdienste für Verstorbene kennt die katholische Kirche keine anderen als jene, die sie für die Seelen ihrer eigenen Kinder eingelegt hat. Darum bilden die Requiemmesse, die feierliche Absolution und das katholische Leichenbegängnis die einzige Gedächtnisfeier nach dem Tode in ihrer Religion. Sei es in Gegenwart oder in Abwesenheit des Leichnams. Niemand würde es für recht halten, wenn wir in unserer Trauer uns selbst und die ihrer hingehörenden Majestät gedächtniswürdigen und die offizielle Stellung, die sie eingenommen, so weit vergäßen, daß wir den Anschein erweiden würden, sie als ein Mitglied unserer Kirche zu beehren, was wir thäten, wenn wir zu ihren Gunsten religiöse Akten vollzügen, die ausschließlich für verstorbene Katholiken anwendbar sind. Andere Leichen-Akten hat aber die Kirche nicht.“

Sodann erklärt der Kardinal, daß die Kirche dadurch, daß sie ihre öffentlichen Akten nur ihren eigenen Mitgliedern reservirt, das Privatgottesdienst für jene, die etwa, wenn auch nicht in äußerer, so doch in innerer Gemeinschaft zu der Kirche (zur Seele der Kirche gehörend) gestorben sind, nicht verbietet, da die Kirche über etwas, was ein Geheimniß zwischen Gott und der einzelnen Seele bleiben muß, kein Urtheil fällt. Hingegen an allen rein bürgerlichen und gesellschaftlichen Trauer- und Ehrenbezeugungen für die verstorbene Königin dürfen die Katholiken sich betheiligen. Schließlich ordnet der Kardinal an, daß, um den göttlichen Segen auf den Nachfolger auf dem Throne herabzurufen, die Priester in der heiligen Messe bis auf Weiteres die Oration „Deus regnum nostrum et“ einzulegen haben. — Die Ernennung des Kardinals, daß Nebemann die Haltung der Katholiken gegenüber diesen Trauerfällen selbstverständlich finden werde, erwiderte sich nicht. Die „Times“ und andere Blätter veröffentlichten Nachrichten, in denen es dem Kardinal und den übrigen katholischen Bischöfen, die natürlich ebenfalls hundertfältig überredet wurde, daß sie für die Königin Victoria keine öffentlichen Gottesdienste abhalten ließen. Dies gab Anlaß zu ausführlichen Darstellungen der betreffenden katholischen Lehre, sowie der Grundzüge und Vorzüge

der Kirche in Londoner „Tablet“ und in der „Civita Cattolica“ mit besonderer Bezugnahme auf die Erklärungen des Papstes Gregor XVI. anlässlich des Todes der protestantischen Königin von Baden.

Privilegium. Die Rechte und Ordinarier Anstalten der Benediktiner-Abtei Monte Cassino, St. Paul außer den Mauern und der heiligen Dreifaltigkeit in Cava haben an den heiligen Vater die Bitte gerichtet, ihnen und ihren Nachfolgern für immerwährende Zeiten das Privilegium zu verleihen, bei den halböffentlichen Conventen, die der Canonisation der Seligen voranzugehen pflegen, erscheinen und ihre Stimme abgeben zu dürfen, mit der Begründung, daß sie in ihren Diocesanterritorien als Ordinarien berechtigt sind, Informationsprozesse in Seligsprechungsangelegenheiten durchzuführen, und daß ihre Vorgänger wiederholt thatsächlich zu den erwähnten Conventen berufen wurden, bei denselben erscheinen und ihr Wort abgeben. Der Papst hat durch Resolution der heiligen Aemter-Congregation nicht nur der Bitte der drei Abteie entsprochen, sondern auch den übrigen Abteien Anstalten daselbst Privilegium verliehen.

Theater Konzerte, Kunst und Wissenschaft.

Karlsruhe, 22. März.

Großes Festtheater. Wie wir schon erfahren, wird Herr J. A. Widmann am Vorn Samstag den 23. ds. hier eintreffen, um der Eröffnung seiner Lustspieltheater „Lydander's Mädchen“ an diesem Abend persönlich anzuwohnen. Am Sonntag, den 24. März, wird wegen anbauender Impfspflichtigkeit von Benda festgesetzter statt „Dom Sebastian“, „Roméo und Julie“ gegeben werden; die für diesen Tag gelassenen Eintrittskarten, welche zu „Roméo und Julie“ nicht benötigt werden wollen, sind spätestens am Samstag bis Nachmittags 1 Uhr zurückzugeben, weil sie nur für Sonntag Gültigkeit haben.

Wohltätigkeitskonzert der „Viederhalle“. Wie ungleich vertheilt sind die Güter des Lebens und wie groß ist der Unterschied der Verhältnisse in unserm Vaterland, je nachdem wir mit Glücksgütern begeset sind oder in Armut den Kampf um's Dasein kämpfen müssen. Dem Reichen genügt ein Wink zur Erfüllung seiner Wünsche, dem Armen muß der Wunsch genügen, er muß entsagen. Es ist ein schönes Ziel, diesen Gegenstand möglichst auszugleichen, und doppelt erfreulich ist es, wenn selbst Gesangsvereine im Dienst der Wohltätigkeit

dabei mitzuhelfen suchen, wie dies gestern Abend die „Viederhalle“ durch Veranstaltung eines Konzertes in der Festhalle zum Besten der heiligen Familienkolonie gethan hat. Die Leistungen des Vereins sind so unbeschränkt anerkannt, daß wir uns darauf beschränken dürfen, zu berichten, wie neben dem Kunstgelingen auch das Volkstheater sein Glück gefunden hatte, das — wie wir wünschen möchten — auch in Zukunft in der „Viederhalle“ eine sorgsame Pflege erhalten wird.

Der Solist, Hr. Edw. Schweizer von Stuttgart, die an Stelle des leider an Heiserkeit erkrankten Hr. Fohrbender eingetreten war, ist ein großer Kunstvorausgegangen, aber man hat nicht zureichend viel von ihm gehört. Von ihnen vielen Vorzügen wollen wir allein ihre Vortragweise hervorheben; wir hören selten eine Sängerin, die in all' ihren Tönen so zu Herzen drang, wie sie. Zu bedauern ist nur, daß wir die junge Künstlerin hier nicht häufiger hören können.

Als Instrumentalist hatte man Herrn Hofmeister Schilling von hier gewonnen, der in seinen Cellovorträgen seine musikalische Bildung bewies. Die Begleitung beider Solisten hatte der Leiter der Viederhalle, Herr Chormeister Weines, sein und discreet, wie immer, ausgeführt. Ihm vor Allem gebührt der Dank, den Hr. Edw. Schweizer in einem von dem Vereinsmitglied R. Dollmatisch verfassten Prolog, dessen Grundgedanke wir in den Einleitungsätzen ansprachen, zu Beginn des Konzertes den Theilnehmern ansprach. Auch Fräulein Kern — die Dame vergesse, daß wir an letzter Stelle von ihr berichten — müssen wir volle Anerkennung aussprechen; ihr Vortrag war klar und jedes Wort verständlich.

Wäre nun auch der finanzielle Erfolg sich würdig dem Gebotenen zur Seite stellen können. Dem Konzerte wohnten E. Königl. Hoheit der Großherzogin und dessen Gattin E. Hoheit der Herzogin von Sachsen-Weimar an. Der Besuch war gut, hätte aber noch besser sein können, es gibt eben „Samaritaner“, welche die „Wohltätigkeitskonzerte“ nicht durch Abwesenheit glänzen und nur da die für solche Zwecke in den Dienst der Wohltätigkeit gestellte Kunst unterliegen wo es etwas Pfantes zu sehen gibt, oder wo sie gesehen werden.

Don Hochschulen. Dem Privatdozenten an der Universität München und künftigen Leiter des Jahrgangärztlichen Instituts an der Universität Heidelberg Dr. Port wurde der Charakter eines a. o. Professors verliehen. — Weiter wird berichtet von der Universität München: Dr. Assfandt an der dermatologischen Klinik Dr. med. A. J. Lindau hat sich für Dermatologie und Syphilidologie habilitirt. Der Privatdozent Dr. M. Kreyditz ist auf sein Ansuchen seiner Funktion entbunden worden. — Die dem Privatdozenten Dr. Neumann für das Fach der Elektrochemie ertheilte venia legendi an der Technischen Hochschule zu Darmstadt ist für das Fach der Pflanzenkunde und Probiotikum erweitert worden. — Zum Assistenzarzt der chirurgischen Klinik der Breslauer Universität wurde Dr. Paul Vege-mann aus Hamburg berufen. — Für die unentgeltlichen ärztlichen Fortbildungskurse und Vorträge in Berlin sind nicht weniger als 625 Anmeldungen eingegangen. — An der Hochschule in Basel wurde die venia legendi ertheilt an Dr. G. Senn aus Basel für Botanik und Dr. P. Ganz aus Zürich für Kunstgeschichte. — Der a. o. Professor für chirurgische Instrumentenlehre in der medizinischen Fakultät der Universität Genf Dr. August Noverdin hat seinen Abschied genommen. Der Lehrstuhl wird nicht wieder besetzt werden.

Todesfälle. Der Dresdener Kammermusiker Buntel, der Komponist der Oper „Attila“, wurde am 20. März nach der Oper im Straßenbahnwagen von einer Frau Namens Fabuel erschossen. — In St. Petersburg starb der ehemalige Universitätsprofessor A. A. Roslow im Alter von 70 Jahren. Er wirkte von 1876 bis 1887 an der St. Maximilian-Universität in Kiew als Professor für Philologie und hat mehrere Werke verfaßt. — Der gewesene Rektor der Universität, Professor der Hygiene Dr. Josef Fodor ist gestorben. — In Paris starb der Schauspieler Comand Göt, welcher 50 Jahre der Comédie française angehörte, im Alter von 73 Jahren.

Vayreuther Festspiele. In der Besetzung der Hauptpartie bei den diesjährigen Aufführungen sind einige Künstler zu nennen, die in Vayreuth noch nicht gewirkt haben. So wird die „Senta“ im „Soll-

6. Karlsruhe, 21. März. Derselbe Zwiespalt der Ansichten, der schon früher gegenüber der Kritik des Kaisers anlässlich seiner Englandreise in vielen deutschen Zeitungen, in der „Bad. Landespost“ zu bemerken war, tritt auch jetzt wieder zu Tag bei Beurteilung des Bremer Attentats. Kaum hat der E.A.-Korrespondent seine Auffassung über das Bremer Verbrechen in dem Sinne der „Karlsruher Zeitung“ (nur etwas gemäßigter) geäußert, als schon der R.B.-Korrespondent seine Ansicht im gegenteiligen Sinne kundgibt. Er thut dies mit den Worten des „Reichboten“, der sich u. A. ausdrückt:

Wir würden überhaupt von jener ebenso dummen wie gewissenlosen Verächtlichkeit, die nicht den Schatten eines Beweises für sich hat, keine Notiz nehmen, wenn dieselbe nicht geeignet wäre, die in der großen Mehrheit der Nation hauptsächlich herrschende Mißstimmung erst recht zu vertiefen.“

Er bemerkt sodann noch mit Hinweis auf die „Karlsruher Ztg.“ und die „Süddeutsche Reichskorrespondenz“: „Inwiefern die Sache bei der bekannten Personalverbindung zwischen den beiden Eingangs genannten Blättern badischen Ursprungs ist, müssen wir noch unter Bedauern hinzufügen, daß derartige Artikel das bisherige hohe Ansehen der badischen Regierung in nationalen Kreisen zu beeinträchtigen geeignet sind. So verdröckert für sitzliche ernte Patrioten das Attentat selbst ist, um nur wegen etwaiger Unzurechnungsfähigkeit ein milderes Urtheil verdient, so verwerflich dünkt uns seine Ausbeutung in der jetzt verdächtigsten Art.“

Solche gerade einander entgegengesetzte Ansichten bei hervorragenden Persönlichkeiten derselben Partei sind nicht dazu geeignet, den Eindruck zu verwickeln, den die Reorganisation der konservativen Partei in Baden auf uns machte, daß nämlich diese Reorganisation der konservativen Partei nicht viel Neues wird. Man könnte ja freilich sagen, das seien unwesentliche Momente, wie man denke über das genannte Ereignis, welche die Stellung zu anderen Fragen unberührt lassen. Allein, daß diese entgegengesetzten Ansichten immer so abwechselnd öffentlich ausgesprochen werden, scheint doch einen tiefergehenden Gegensatz zu beweisen.

• Vom Lande, 22. März. Immer und immer wieder laßt im Kampf um die Getreidefälle die Drohung mit Rußland auf. Was wird Rußland thun, wenn Deutschland den Zoll auf das Getreide erhöht? Der „Volksfreund“ weist darauf hin, daß allein die Ausfuhr von Pflanzensamen für Rußland jährlich 3 Millionen betrage. Wenn Rußland sich nicht und einen Zollrückgang beginnt und auch die deutsche Einfuhr mit hohen Zöllen belegt, was will dann das arme ohnmächtige Deutschland machen?

Welchen Werth diese formwählende Drohung mit Rußland hat oder auch mit andern Ländern, die an der Getreideeinfuhr nach Deutschland theilhaftig sind, das ergibt sich aus einem Blick auf die Ein- und Ausfuhr in Deutschland überhaupt.

Die russische Einfuhr nach Deutschland betrug im Jahre 1899 nicht weniger als 701 Millionen Mark, unsere Ausfuhr dorthin 396 Millionen Mark. Desterreich-Ungarn führte während desselben Jahres für 790 Millionen Mark Werth bei uns ein, wir führten dorthin aus während desselben Jahres 1899 nur für 466 Millionen. Die Einfuhr aus Italien betrug 197, unsere Ausfuhr dorthin 116 Millionen Mark, und während die Vereinigten Staaten von Amerika eine Einfuhr nach dem Deutschen Reich im Werthe von 907 Millionen Mark hatten, führten wir im Laufe des Jahres 1899 im Ganzen für nur 377 Millionen Mark Waare dorthin aus.

Wer hätte also den Schaden von einem Zollrückgang? Doch ganz gewiß Rußland, das mit seinen 701 Millionen Einfuhr nach Deutschland mehr zu verlieren hat, als Deutschland mit nur 396 Millionen Ausfuhr nach Rußland. Was die übrigen Länder noch angeht, die ein Interesse haben an der Getreideeinfuhr nach Deutschland, so haben gerade eben die italienischen Zeitungen berichtet, daß man es Deutschland nicht verzeihen könne, wenn dieses seinem Getreidebau den notwendigen Jolzhilfsgewinn gewähren wolle, und daß uns von Desterreich-Ungarn kein Interesse erwachen werden, wissen wir ja im Voraus. Und überhaupt, wo die Verhältnisse so beschaffen sind, wie bei den Ländern, deren Einfuhr nach Deutschland wir erwünscht haben, besteht wenig Neigung zum Zollrückgang gegen Deutschland. Alle diese Länder mit ihrer starken Einfuhr nach dem Deutschen Reich werden es sich zehn Mal überlegen, ehe sie einen Zollrückgang mit diesem anfangen; denn sie würden den Schaden davontragen, und die Getreidepreise sich alsdann in unheimlicher Weise erhöhen, was für sie nicht im mindesten vorteilhaft ist in unserem Interesse über die Angelegenheit des neuen Zolltarifs. Wir sind vollkommen-

länder abnehmend von Fräulein Desirée von Berliner Opernhäuser und von Frau Wittich, der Dresdener Kammergängerin dargestellt werden. Fräulein Desirée, die als Anfängerin das seltsame Glück hatte, zugleich als die Berliner Hofoper zu kommen, zählt zu den wirklichen Talenten des jüngsten Nachwuchs. Frau Wittich hat sich neben der berühmten Theresie Malten in Dresden bewährt; sie wird außerdem die „Gretchen“ singen. Ferner werden zwei Solisten von großer Begabung zum ersten Male in Bayreuth mitwirken: Peter Heidaum vom Stadttheater in Köln als „Daland“ und Paul Krüpper vom Berliner Opernhäuser als „Günther“ in „Parsifal“.

• Vom Theater. Franz Webedind in München wurde zum Dramaturgen der Darmstädter Oper 1901 bestellt. — Die Gründung des Münchener Ueberbretts „Die Elfenbeinstraße“ soll bestimmt am 1. April stattfinden. — Die Direktion des Stadttheaters St. Gallen ist für die kommende Saison an Kruse und Helm in Gießen übertragen worden. — Burgerts Musiktruppe „Nausifaa“ fand in Dresden eine sehr freundliche Aufnahme, die sich nach dem zweiten Akt zum Entzückens der Zuschauer, am Schluß aber wieder sehr zurückging.

• Verheiratetes. Im Heidelberger Künstlerverein hat Arthur Volkmann-Nom das Modell einer Büste von Robert Volkmann ausgestellt, das die jugendlichen Züge des großen Meisters, um die Zeit der Entdeckung der Spectranalyse mit trefflicher Charakteristik wiedergibt. — Der von Teyler-Gesellschaft ausgesetzte Preis für einen besitzenden Katalog der Rembrandt'schen Zeichnungen wurde dem Rembrandtforscher Dr. Hoffde die Groot im Haag zuerkannt. — Der Reichstag in Kopenhagen hat beschlossen, dreitausend Kronen zu bewilligen für die Heilnahme dänischer Künstler an der bevorstehenden Internationalen Jubiläums-Ausstellung in München. Ungefähr 1500 Bilder und Kunstwerke der hervorragenden Kopenhagener Künstler werden in Folge dessen nach München geschickt werden.

in der Lage, bei der Ausgestaltung desselben unsere eigenen wirtschaftlichen Interessen das maßgebende Wort sprechen zu lassen.

• Aus Baden, 21. März. Für die Schönerhaltung des Rheines tritt ein Antrag ein, der, unterstützt von Mitgliedern aller Parteien, im preussischen Abgeordnetenhaus eingebracht worden ist. Dieser Antrag bezweckt, daß ein Verbot erlassen werde gegen den Mißbrauch, landschaftlich hervorragende Gegenden des Rheinlandes durch Anbringung aufdringlicher Reklameschilder außerhalb der geschlossenen Ortschaften zu verunzieren. Dasselbe Verbot würde auch manden anderen Gegenden sehr zum Vortheil gerichten. Man sollte darum am besten dieses Verbot allgemein erlassen, nicht nur für die Rheingegenden!

Kleine badische Chronik.

• Kärntnerthal, 21. März. Infolge einer durch den Schuß ausgehenden Verletzung am Fuße diente der 9 Jahre alte Volksschüler Georg Stephan sein Leben ein. Die anscheinend ganz unbedeutende Verletzung wurde von dem Jungen nicht beachtet, bis heftige Schmerzen sich einstellten. Der hinzugekommene Arzt stellte eine ziemlich hart vorgeschrittene Eiterverschmelzung fest und ordnete die sofortige Amputation in das allgemeine Krankenhaus in Mannheim an, woselbst der Knabe schon am dritten Tage seinen fürchterlichen Schmerzen erlag.

• Heidelberg, 21. März. Wie eipert hat, wie das „Heidelb. Tagbl.“ hört, durch seine Vertheiliger Freiherr und Dr. Schottler gegen das von der Strafkammer gefällte Urtheil Revision eingeleitet.

• Heidelberg, 21. März. In Folge der demnächst beginnenden Sicherungsarbeiten an der alten Brücke muß dieselbe für den Verkehr gesperrt werden, und war geplant, den Verkehr während der Bauzeit mittels Raden aufrecht zu erhalten. Auf eine diesbezügliche Vorstellung des hiesigen Stadtrathes hat die Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues nunmehr die Verstellung eines Fährgeleises über den Radar anordnet. — Das 2 1/2 Jahre alte Kind des Eisenbahnschaffners Wagners war ein Eimer fochendes Wasser an, wobei es sich daran verbrannte, so daß es seinen Verletzungen in der Luitzelklinik erlag.

• Wertheim, 21. März. Nachdem das Hochwasser vorüber, beginnen unsere Schiffer- und Getreidehandlungen mit der Befriedigung mainabwärts. Schon vor 14 Tagen gingen eine Anzahl Schiffe vollbeladen ab, die dann Weib, Mais, Roggen u. dgl. als Ladung wieder hierher brachten. Diese Woche gehen wieder Schiffe ab und bringen volle Ladung zurück. Doch klagen die Befestigten, daß der Fluß meistens kaum mehr betrage, wie jeder Mäher verdienen; dabei ist aber ein ganz bedeutendes Kapital nötig. Bezahl werden 3. J. hier Weizen und Stroh mit 16 1/2 bis 16 1/4 M., Roggen mit 15 1/2 M., Gerste mit 16 1/2 M., Hafer mit 13 1/2 bis 14 M., Weiz mit 12 M.; Alles per Doppelcentner.

• Offenburg, 21. März. Mit großer Spannung sah man in der Bürgerstadt den Inhalt der heutigen Bürgerentscheidungsentscheidung, in der über den Antrag des Stadtrathes betreffend Einführung einer Verbrauchssteuer auf Bier und Wein (65 Pf. pro Liter Bier und 120 Pf. pro Liter Wein) entschieden werden sollte. Bürgermeister Hermann begrüßte die einmündigen, tiefgefühlten Vortrag die Vorlage, die von den Reichsämtern Müller und Schneider (Dem.) und Buchdruckermeister Sed (Soz.) als principielle Gegner jeder indirekten Steuer bekämpft und von Landgerichtsrath Juffer, Amtsrichter Werke (nat. lib.) und Inspector Gerg (Centr.) bestritten wurde. Nach dreistündiger Beratung wurde die Vorlage mit 76 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Von 96 Bürgerentscheidungsmitgliedern waren 90 erschienen. (B. Abg.)

• Lahr, 21. März. Der in Konkurs gerathene Kaufmann Sol. Fleissmann darüber wurde vorgestern Nachmittag verhaftet.

• Hornberg, 21. März. In Haulach erscheint vom 1. April ab eine Zeitung unter dem Titel: „Haulach vom Harenlopf“. Deren Herausgeber ist Herr Sol. Fleissmann. • Hirslanden, 21. März. Nach den amtlichen Schneesessungen betrug die Schneehöhe am 18. d. M. Morgens hier noch 22, beim Feldberg 140, in Litzlee 45, in Wundorf 10, in Odenwald 51, in Bernau 48, in Berchach 46, in Leimbach 77, in Heudorn 14, in St. Margen 60, in Antebis 58, in Breitenbrunn 25, in Gerrensau 80 und in Kallenbrunn 41 Centimeter. Inzwischen ist der meiste Schnee verdröhnt.

• Feilberg, 21. März. Der hiesige Gefängniswärter erhielt von zwei ausgewanderten Gefängnis aus Siegen eine vergiftete Anstaltskarte.

• Ober-Altheim, 21. März. Auf unserer Filialgemeinde Kirchbach wieder die Tage ein Brand die Bedingungen des Georg Biemann und des Michael Schäfer vollständig ein. Es konnte feinster Mobilien gerettet werden.

• Waldsloh, 21. März. Letzten Sonntag fand hier die konstituierende Versammlung des neuen Gewerbeverbandes oberbadischer Gewerbevereine statt, zu welcher 12 Vereine der Amtsbezirke Bonndorf, Säckingen und Waldsloh Bevollmächtigte entsandt hatten.

• Konstantz, 20. März. Gestern Morgen wurde der seit langer Zeit in einer heftigen Heilanstalt sich aufhaltende Konstantz Lelcher unweit der Seebrücke todt im See gefunden.

lokales.

• Karlsruhe, 22. März. • Anstalts im Reichsbank. Von jetzt ab wird es sich um den Herr Franziskanerbruder aus Gorbau in der St. Stefanskirche hier ausbilden, das hl. Sakrament spenden, und zwar an Verkanten jenseits Morgens von halb 6 Uhr an und Nachmittags von 4-7 Uhr (Samstags von 2-7 und Abends von 8-9 Uhr), an Sonn- und Feiertagen des Morgens 5 Uhr an.

• Katholischer Männerverein Oststadt. Joseph Reichardt hat gestern Abend die Vereinsversammlung, in der Herr Redakteur Häfner von Gellingen eine treffliche Wochenrundschau über alle möglichen Ereignisse innerhalb und außerhalb der Stadt gab. Gegen Ende seiner Ausführungen wies er darauf hin, daß heute am 21. März gerade 30 Jahre verlossen seien, seitdem der deutsche Reichstag besteht. Er wies sodann einen sehr lehrreichen Rückblick auf die Entwicklung der einzelnen Parteien im Reichstag und besagte schließlich die tieftraurige Interessenlosigkeit vieler unserer Volkstherapeuten, die an der dramatischen Weisheitslosigkeit des Hauses schuld sind. Nachher entspann sich eine äußerst lebhaft Debatte über die Paragrafenfrage bei der Bernhardtstiftung. Jedoch überließ der Verein jedem einzelnen Mitglied, zu der Frage Stellung zu nehmen, wie es ihm eine Bitte gegen den projektirten Plan voll berechtigt erschien. Nach der zum ersten Mal anwesende Herr Redakteur Meyer vom „Bad. Beob.“ nahm theil an der Debatte.

• St. Martin. Gestern fand bei Herrn Minister von Brauer ein Martin's Fest, welcher Ihre königliche Hoheit der Großherzogin und die Großherzogin mit ihren Weimarischen Gästen und die Fürstin Anie zu Fürstberg anwohnten. Dem Gesangverein „Adonia“ wurde die seitene Ehre zu Theil, unter ihrem dirigenten Leiter, Herrn Musikdirektoren Herr Ferdinand Kaiser vor diesem hohen Auditorium wieder vorzutragen. Das Herr Minister von Brauer die „Adonia“ zu seiner Matinee wählte, liefert einen untrüglichen Beweis, welchen ehrenvollen Platz dieser Gesangverein unter den Vereinen unserer Residenz erlangen.

• Gewerbeverein. Die 70. ordentliche Hauptversammlung — unter Leitung des Herrn Apotheker Schöcher — nahm einen normalen Verlauf. In seiner Begrüßungs- und Eröffnungsansprache erwähnte der Vorsitzende die vor 70 Jahren erfolgte Gründung des Vereins. Bei dem tom-

menden Winter zu feiernden 70. Stiftungsfeste werde Gelegenheit gegeben sein, einen Rückblick über die Entwicklung des Vereins und des Gewerbes während dieser Zeit zu geben. Den Tätigkeitsbericht erstattete der Schriftführer Herr Reallehrer Gmel. Aus dem Bericht wäre zu erwähnen: die Mitgliederzahl beträgt, die angeschlossenen Meistervereinigungen Grünwinkel und Rappur eingerechnet, 149. Vorträge wurden 8 gehalten. An der Gesellenprüfung nahmen 51 Lehrlinge theil und erhielten 50 Befähigung das Prüfungsgenug. Der Landesverband der badischen Gewerbevereine ist seit November 1900 neu organisiert. Vom Mittelbadischen Gewerbeverband ist der Verein Vorort. Der Handwerkskammer Karlsruhe gehören vom Verein Herr Wölbelfabrikant Hofmeister Gehrige als Mitglied und Herr Kupfermeister Schwarz als Ersatzmann an. Zum Zweck der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben eine Anzahl Mitglieder Selbstentfaltung von Großh. Regierung erhalten und jene Mitglieder, welche Erzeugnisse ausgestellt hatten, wurden nahezu alle prämiirt. — Der Herausgeber Herr Wagenfabrikant Hauff erstattete seinen Bericht schließt günstig ab, indem wieder ein Kassensolvenz vorhanden ist. Die nun vorgenommenen Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Als 2. Vorsitzender wurde gewählt Herr Privatmann G. Hammer, als Vorstandsmitglied die Herren Fabrikant Barth, Reallehrer Gmel, Hofmeister Heigler, Professor Max Himmel und Kaufmann A. Exner, Begleiter für den die Wiederwahl ablehnenden Herrn Bischofs Schwind. — Auf Antrag des Gesamtverbandes wurden zu Gewerbevereine ernannt die Herren Schöcher, Gmel, Gehrige und Schwarz.

* Die Wirren in China.

Ein deutsche Zeitung erscheint jetzt jeden Sonntag in Peking, die „Peking Deutsche Zeitung“, „Mittheilungen der Kaiserlich deutschen Behörden in Peking“. Die Redaktion befindet sich im Tsimtsi Namen, woselbst auch private Angelegenheiten eingekommen werden.

• Peking, 21. März. Das Oberkommando meldet aus Peking: Auf Klagen der Bevölkerung wurden in einem Dorf (7 Kilometer südlich von Tsang und 48 Kilometer nördlich von Peking) durch Mitternachts Krieg mit einem Zug Reiter eine Mauerbande angegriffen. Bei demselben Widerstande wurden 7 Chinesen getödtet oder schwer verwundet. Der Rest wurde gefangen genommen und einem chinesischen Gericht zur Aburtheilung übergeben. Gestern marschirten drei Kompagnien, ein Zug Reiter und ein Zug Gebirgsartillerie unter Major von Müllermann von Peking nach der Gegend östlich von Tsangtschuan, wo eine große Mauerbande die Bevölkerung in weiter Umgebung terrorisirte.

• London, 21. März. (Oberhaus.) Lansdowne erklärt, die russische und englische Regierung seien übereingekommen, die Jurisdiktion der Truppen vom sibirischen Territorium nach Tientsin anzuordnen und alle das Eigentumsrecht betreffenden Fragen der Prüfung durch die beiden Regierungen vorzulegen. Die Jurisdiktion der Truppen solle von Waldersee überwacht werden.

• New-York, 21. März. Die Union schlägt vor, China solle eine Pauschalsumme von 200 Millionen zahlen, wovon jede bethätigte Nation den achten Theil erhält. Zwei oder drei vor Peking vertretene Nationen seien zu einem Schiedsgericht zu ernennen. (Zeit. J.)

• Peking, 21. März. Laut Bureau Reiter sind 60 Australier und 2 Kompanien Infanterie plötzlich nach Tientsin beordert und heute früh dorthin abgegangen. Nach Tsing ergingen Befehle, 100 Marinevolk sollen nach Tientsin gehen. Die Truppenbewegungen sind veranlaßt durch die Befürchtung, es könne anlässlich der russisch-britischen Landfreistreitigkeiten zu einem Zwischenfall kommen, zumal die französischen Truppen, deren Vertheilung schon zu viel Mißbilligung auslöste, einen Zusammenstoß herbeiführen müßten. Die britischen Besatzungen würden deshalb genügend tüchtige Mannschaften da zu haben, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. General Paillou ist ebenfalls gestern früh nach Tientsin abgereist, um das Verhalten der Franzosen zu untersuchen und die Ordnung wiederherzustellen. Der Zwischenfall gehört augenscheinlich zu den Unannehmlichkeiten, die da unvermeidlich sind, wo verschiedene Nationen bestimmen sind. Man hofft, die Angelegenheit sei nunmehr abgeschlossen. In der gestern stattgefundenen Konferenz der Befehlshaber wurden lediglich allgemeine Angelegenheiten besprochen.

• Peking, 22. März. In einer Konferenz, an der Generalfeldmarschall Graf Waldersee theil nahm, beschloß die Generale Barrow und Wolod die englischen und russischen Truppen heute früh 5 Uhr von dem sibirischen Gebiete zurückzuziehen und die Arbeiten am Bahngelände einzustellen bis zur Regelung der Frage auf diplomatischem Wege.

• Tientsin, 21. März. Die Stellung beider Theile ist unverändert. Sie enthalten sich jedes feindlichen Vorgehens. Die Zahl der hier anwesenden britischen weissen Truppen beträgt etwa 1000, die russischen Truppen sind nicht zahlreich.

Neueste Nachrichten.

• Berlin, 21. März. Heute Abend 7 Uhr ist nach 8 stündiger Ausrufung der Reichstag verlagert worden. — Der in zweiter Lesung angenommene, die Verwendung der Ueberflüsse des Reichshaushalts betreffende Antrag Richter, von dem einer unserer letzten Leitartikel handelte, ist mit Zustimmung des Antragstellers in dritter Lesung aus dem Ganges gestrichen und für eine spätere Beratung definitiv vorbehalten worden.

• Berlin, 22. März. Die Berliner Politischen Nachrichten melden: Die kommissarischen Verhandlungen über den neuen Zolltarif-Entwurf in Reichshausangelegenheit so weit fortgeschritten, daß die am Mittwoch begonnene zweite Beratung am Donnerstag oder Freitag beendet werden dürfte. Das preussische Ministerium würde demnach binnen kurzem in die endgültige Beratung der Materie eintreten können.

• Wien, 22. März. Nach einer hier aus Petersburg eingegangenen Meldung wurde bei der Untersuchung gegen Karpowitsch, den Mörder des Unterstaatsministers Bogoljow, das Befehlen einer großen Beschuldigung entbedt, deren Organisation ähnlich der Nihilisten war. Die Vernehmung hatte ihr Centrum in Kiew mit einer Abzweigung in Odessa. Sie reichte in die tiefsten Volksschichten. Der Plan sei ein Attentat auf den Zaren gewesen, weshalb der Hof nach Gatschina überfiedelte. (Bad. Fr.)

• London, 21. März. Eine Depesche aus Southampton meldet, daß ein leichter Pejsfall an Bord des bei Ketchen liegenden Dampfers „Simla“ kräftig konstatiert wurde. Der Kranke wurde in ein Hospital gebracht, die mit ihm in Verthierung gekommenen Personen wurden isolirt. „Simla“ ist ein künftlich mit einer Anzahl Invaliden vom Kap eingetroffenes Hospitalschiff.

London, 21. März. Oberhaus. Spener fragt Lansdowne, ob er dem Hause hinsichtlich des Streiffalls in Tientsin eine Mittheilung zu machen habe.

Lansdowne weist in seiner Antwort darauf hin, daß sich der englisch-russische Streitfall auf ein ziemlich ausgedehntes Stück Land auf dem linken Pejs-Ufer beziehe, das im vorigen Herbst von den Russen besetzt, und als ihnen durch alleinige Eroberung gehörig, in Anspruch genommen werde. Die englische Regierung wurde bisher bewußtlos, daß zwischen der chinesischen Regierung und den russischen Militärbehörden ein Abkommen getroffen, wonach dieses chinesische Land als der Verwaltung der russischen Militärbehörden gehörig betrachtet werden und deshalb ein Theil der Sicherheit der an dieser Linie interessirten englischen Handelsbetriebe bilden. Die Linie bildete einen Theil der Eisenbahn, die ursprünglich von russischen Truppen besetzt war, wovon aber jüngst eine Strecke von den russischen Militärbehörden an Waldersee und von diesem an die englischen Behörden übergeben wurde, die seitdem an dieser Strecke arbeiten ließen. Es scheint, daß es für die Bequemlichkeit der verbundenen Truppen für nöthig erachtet wurde, auf dem von mir bezeichneten rechtsseitigen Stück Land eine Ausweichstelle zu bauen. Wir erlauben, daß die Ausweichstelle britischer Arbeiterabtheilungen auf dem Wege von den russischen Militärbehörden als widerrechtlich betrachtet werden würde, daß die russische Regierung entsetzt und daß die russische Regierung die russische Grenzlinie entzerrt und dadurch die russische Truppe beschuldigt hätte. Wir telegraphirten deshalb am 18. März an die englischen Behörden in China, daß nach unserer Meinung die Frage, ob die russischen oder die englischen Truppen berechtigt seien, gewisse freitragende Punkte zu besetzen, am angemessensten von Waldersee als Oberkommandirenden entschieden werden könnte. Wir wiesen Gajee an, Waldersee zu ersuchen, die augenscheinlichen zwischen den englischen und russischen Militärbehörden entstandenen Differenzen zu regeln, indem wir dabei die Frage der Gültigkeit der Konvention und der beanspruchten Eigentumsrechte einer späteren Prüfung vorbehalten. Gajee wurde ferner angewiesen, sich zwischen der Anwendung von Gewalt zu enthalten, es sei denn zur Abwehr eines Angriffs. Da sich gestern der Zwischenfall betrefend Entfernung der russischen Grenzlinie wiederholt haben soll, wurde unser Vertreter in Peking wieder dahin instruirte, daß, da bekannt wurde, englische Truppen drängen in russisches Territorium, die russische Regierung ersuchen, daß die englische Regierung bereit sei, die Angelegenheit Waldersee oder einem von ihm beauftragten Vertheiliger zu überlassen und daß, wenn sich ergeben, daß eine von beiden Seiten sich Unregelmäßigkeiten zu Schulden kommen ließe, diese Seite eine angemessene Genugthuung geben soll. Wir fügten hinzu, daß nach unserer Meinung der Bau einer Ausweichstelle, die vor von Wichtigkeit für die verbundenen Truppen hielten, fortgesetzt werden solle, jedoch unter den von Waldersee zu bestimmenden Bedingungen. Es freut mich mittheilen zu können, daß wir heute früh von dem englischen Gesandten in Petersburg erfahren, Graf Lansdowne hätte ihn ersucht, unersetzlich der englischen Regierung vorzuschlagen, daß alle auf Peking der Eigentumsrechte bezüglichen Fragen der Prüfung der beiden Regierungen vorbehalten bleiben, daß wir im wesentlichen gleichzeitig zur Bereinigung etwaiger Zwischenfälle Befehl zur Zurückziehung der Truppen von den sibirischen Punkten erteilten. Lansdowne fügte hinzu, der russische Kriegsminister erteilte ausföhrliche Anweisungen in diesem Sinne telegraphisch, wenn die englische Regierung dem Vorschlag zustimme. Redner drückte schließlich den Wunsch aus, jeden Grund zu einer Fritition zu vermeiden. (Beifall.) Lansdowne schließt: Wir telegraphirten sofort unsere völlige Zustimmung zu den Ansichten Lansdowne's, umso mehr als diese sich in vollkommener Uebereinstimmung mit den bereits von uns ausgedrückten Ansichten befinden. Wir wieseln unsere Militärbehörden an, die Jurisdiktion der Truppen gleichzeitig zu dementsprechen, und fügten hinzu, wir hielten es für wünschenswerth, daß die Jurisdiktion der Truppen in der Weite gelasse, die Waldersee zu betriebe, daß kein Mißverständnis Platzgreifen könnte. Was die Einseitigkeit betrifft, soße ich, daß das Russen aus dem von mir mitgetheilten Schriftwechsel erhellen wird, daß der Zwischenfall thätlich sich ereignet ist und in Wirklichkeit es sich um eine kleine Sache von rein örtlicher Bedeutung handelte, die die Beziehungen zweier Länder nicht stören darf. (Beifall.)

Handel und Verkehr.

• Karlsruhe, 21. März. (Fleischpreise auf der Fleischbank des Wochenmarktes.) Anwesend waren 18 Fleischerverkäufer, welche verkauften: das Rindfleisch zu 40—64, Rindfleisch 56—68, Schweinefleisch 64—72, Kalbfleisch 60—72 (Pais u. Brat) — Kammelfleisch 40—70 Pf. Wurstpreise in der Zeit vom 17. März bis 21. März: Rindfleisch 500 Gr. Preis, Döner 64—72, Rind (Kuh) 50—68, Hammel 40—70, Schweine 72, Gerstling 0,90—0,90, Kalb 64—72, Ferkel 450 Gr. wöchentlich 17, 1400 Gr. Jährlings 40 Pf. Weiz, 500 Gr. weisses 20, schwarzes 16 Pf. 1 Kilo Erbsen 38—39, Bohnen 30—34, Hülsen 35 bis 45, 500 Gr. Reis 20—32, Gerste 18—25, Weizen 18—19 Pf., 50 Kgr. Kartoffeln 2.20, 500 Gr. Butter 1.10—00, Rindschmalz (Nierenfett) —, Schweinefett 30—30, 1 Lit. Milch 18, 6 Eier 42—00, 1 Liter saurer Rahm 30 Pfennig.

2. Sonstige Naturalien: 1 Eier buchedes 400 Pf. 11.—, 1 Eier taunenes Holz 8.50, 50 Kgr. Hen 4.50, Stroh 3.50, Fische 500 Gr. Hal 1.20, Wärich 60, Hecht 1.10—00, Breiten 50, Milben 50, Karpfen 1.—, Schlein 1.20—00, Karpfungen 30—00, Koroisch 50, Rheingander 1.20, Seezander, 0.— bis 0.—, Barben 50.

• Mannheim, 20. März. (Effekten- und Börse.) Die Börse war heute still. Gehandelt wurden Brauerer Schwärz-Aktien zu 120 Pf. Conk notirten: Aktien des Vereins dem. Fabrikanten 155 Pf., Mannheimer Versicherungs-Aktien 420 Pf., Jüderfabrik Wagbäuer 78.90 Pf.

• Frankfurt a. M., 21. März. (Schlußkurse 1 Uhr 45 Min.) Wechsel Amsterdam 168.62, London 204.18, Paris 810.66, Wien 849.75, Stal. 767.75, Privatdisk. 3 1/2, 4, Deutsche Reichsbank (abg. 3 1/2) 98.—, 3 1/2, Deutsche Reichsbank 88.10, 3 1/2, Preuss. Anleihe (abg. 3 1/2) 97.60, 3 1/2, Baden in Gulden 96.—, 3 1/2, Baden in Mark 95.50, 3 1/2, do. 95.40, 3 1/2, do. 1896 86.50, Dester. Goldrente 99.90, Dester. Silberrente 97.70, Dester. Rente von 1860 141.40, 4 1/2, Portug. 38.20, Deutsche Bank 208.90, Badische Bank 121.—, Rhein. Kreditbank 140.10, Rhein. Hypothekbank 168.50, Pfälzer Hypothekbank 167.—, Dester. Länderb. 110.50, C. u. w. Central 163.—, Schweiz. Nordost 117.—, Schweiz. Union —, Jura-Simplon 100.50, Bad. Jüderfabrik 78.40, Nordb. Lloyd 118.40, Hamb.-Amerika 129.40, Reichsbankdirekt. Orientier 161.—, Karlsruher Maschinenfabrik 220.—, La Veloce St.-A. 24.—.

• Frankfurt a. Main, 21. März. (Abendkurse.) Kreditaktien 226, 20 b. Diskonto-Kommandit 185.70, 75 b. Länderbank 112 b. Bodensee 194 b. Centralbank 176.15 b. Sanyer 171.25 b. Germania 181.45 b. Europa 208.20 b. Bad. Jüderfabrik 78.40 b. Concordia 275.50 b. Schwedler 205.25 b. Caro-Gegenstand 110.90 b. Staatsbahn 146.80 b. Lombard 24.50 b. Anatolier 86.25 b. Karlsruh 88.60 b. Gotthard 164.50, 70 b. Nordost 117.30, 60 b. Union 98.70 b. Central 163 b. Jura-Simplon 100.50 b. Portugiesen 25.40 b.

• Wiedeburg, 21. März. Jüderbericht. Sonntags erff. 88 Broz. Rendement 9.90—10.10.—, Hochpro. erff. 75 Broz. Rend. 7.40—7.80. Ruhig. Kruppalluader 1.28.95.—, Brot raffinade 1.29.20.—, Gemahlene Raffinade 28.95.—, Gem. Meis 28.45.—, Ruhig. (Die Preise verziehen sich bei einer Mindestabnahme von 100 Centnern.) Holzpreise 1. Produkt Transit i. a. B. Hamburg per März 9.—, 9.05.—, per April 9.—, 9.05.—, per Mai 9.07.—, 9.12.—, per Juni 9.30.—, 9.35.—, per Juli 9.37.—, per August 9.30.—, 9.35.—, per September 9.37.—, 9.42.—, per Oktober-Dezember 8.92.—, 9.—, per Nov.

• Der heutigen Nummer liegt das Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“ Nr. 12 bei.

